

**Initiative Zukunft Bockenheim**  
kontakt@zukunft-bockenheim.de

**AGW - Aktionsgemeinschaft Westend**  
kontakt@aktionsgemeinschaft-westend.de

**Mieterinitiative Ginnheim**  
bezahlbarer-wohnraum-fuer-alle@gmx.de

**Kampagne „Eine Stadt für alle!-Wem gehört die ABG?“**  
abg\_kampagne@riseup.net

**Nachbarschaftsinitiative Nordend-Bornheim-Ostend (NBO)**  
nachbarschaftsinitiativenbo@yahoo.de

---

## **Pressemitteilung**

### **Fünf Frankfurter Mieterinitiativen treten ein für Mietenstopp bei der ABG Frankfurt Holding**

- **Mieterinitiativen widerlegen Argumentation der schwarz-grünen Stadtregierung und des ABG-Geschäftsführers**
- **Stadt hält eigene Vorgaben zur Sozialwohnungsquote bei Neubauten nicht ein.**
- **Vergleich mit München zeigt: Eine sozialere Wohnungspolitik ist auch in Frankfurt möglich**

25.01.2016 / *Frankfurt am Main*. Die fünf Frankfurter Mieterinitiativen haben die kontroverse öffentliche Diskussion der letzten Wochen um die Mietpolitik der städtischen ABG Frankfurt Holding sowie der schwarz-grünen Stadtregierung aufmerksam verfolgt und mussten feststellen: Um einen Mieterhöhungsstopp bei der ABG Frankfurt Holding zu verhindern, wurden erneut einseitig unplausible Zahlenangaben und Argumentationen verwendet. In einer gemeinsamen Pressekonferenz meldeten sich heute Sprecher aller fünf Initiativen mit ihrer Einschätzung zur Frankfurter Wohnungspolitik zu Wort.

Für die Kampagne „Eine Stadt für alle! Wem gehört die ABG?“ ging Dr. Sebastian Schipper auf die kontroverse öffentliche Diskussion um einen Mietenstopp bei der ABG in den letzten Wochen ein. Sein Fazit: „Alle Argumente, die gegen einen Mietenstopp vorgebracht werden, sind offenbar ideologisch oder machtpolitisch motiviert – sachlich überzeugend ist keins von ihnen“. Er betonte zudem, dass alle Mieterinnen und Mieter in Frankfurt davon profitieren würden, wenn es einen Mietenstopp bei der ABG gäbe, denn dann würde der Mietspiegel weniger stark steigen. Zudem zweifelte Schipper die von ABG-Chef Junker in der Frankfurter Rundschau vom 06.01.2016 angegebene Durchschnittsmiete von aktuell 7,72€ an. Dieser Wert müsse stutzig machen, da die Durchschnittsmiete bei der ABG laut Angaben des Magistrats bereits 2013 bei 7,64€ lag. „Das heißt, dass entweder die Zahlenangaben nicht stimmen oder die ABG schon länger still und heimlich den von ihr öffentlich bekämpften Mietenstopp praktisch durchgesetzt hat“.

Michael Boedecker von der NBO verglich die Geschäftspolitik der ABG mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften in München: „Obwohl das allgemeine Mietniveau in München viel höher ist als in Frankfurt, schaffen es die dortigen Wohnungsbaugesellschaften, deutlich niedrigere Mieten im nicht sozialgebundenen Bestand zu haben als die ABG“. In München wurden 2014 von den Wohnungsbaugesellschaften durchschnittlich 7,29 € pro Quadratmeter

verlangt. Zudem bauten die Münchner Wohnungsbaugesellschaften zu mehr als 50% Sozialwohnungen; bei den Münchner Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG waren 2014 beispielsweise von 834 neugebauten Wohnungen 764 Sozialwohnungen. Bei der ABG waren dies 2014 nur 236 von 485 Wohnungen.

Auch Anette Mönich von der Initiative „Zukunft Bockenheim“ beobachtet, dass die ABG bei ihren im Stadtteil Bockenheim neu erstellten Wohnungen entgegen eigener Ankündigungen praktisch keine Sozialwohnungen mehr baue. „Die ABG und die Stadt Frankfurt halten ihre Versprechen, auch auf dem Areal Campus und bei allen Neubauten unter ihrem Einfluss 30 % geförderte Wohnungen zu bauen - und davon 50% Sozialwohnungen -, nicht ein“. Wenn überhaupt geförderte Wohnungen geplant würden, dann lediglich Wohnungen, die nach dem sogenannten Frankfurter Weg bezuschusst sind (d.h. Mittelstandsprogramm und Seniorenprogramm). Die eigenen zahlenmäßigen Vorgaben würden demnach in Bockenheim nicht befolgt.

Hans-Jürgen Hammelmann, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Westend, empfindet die Wohnungspolitik der schwarz-grünen Stadtregierung in Bezug auf Sozialwohnungen als paradox: „Hier wird für Wohnungen, die bereits mit viel Geld öffentlich gefördert wurden, erneut viel Geld eingesetzt, um die Belegbindung zu verlängern“. Die Stadt Frankfurt könne jedoch auch einfach dem Beispiel München folgen und die ABG verpflichten, diese ehemaligen Sozialwohnungen weiterhin an Bewerber mit Bindungsschein zu vermieten und die Miete auf 6,50€ pro Quadratmeter zu begrenzen.

Für die Mieterinitiative Ginnheim forderte Thilo Schwarmann die schwarz-grüne Stadtregierung auf, die Preistreiberei bei der ABG mit ihren 51 000 Wohnungen zu beenden: „Die Stadtverantwortlichen ignorieren dabei konsequent die in den letzten 15 Jahren eingetretene Veränderung der Einkommensverhältnisse. Denn laut Wohnungsmarktbericht 2014 haben 50% der Haushalte in Frankfurt weniger als € 2.000,- im Monat zur Verfügung. Das bedeutet für eine vierköpfige Familie bei einer 100qm<sup>2</sup>-Wohnung mit einer selbst aus Stadt- und ABG-Sicht verhältnismäßig geringen Warmmiete von € 1.000, dass die Miete 50% des verfügbaren Einkommens ausmacht“. Dies widerspreche jedoch dem allgemein anerkannten Grundsatz, dass die Miete maximal ein Drittel des verfügbaren Einkommens kosten sollte.

Alle Redner waren sich einig, dass eine sozialere Geschäftspolitik bei der ABG wirtschaftlich ohne weiteres möglich wäre, ohne dass - wie von ABG –Chef Junker immer wieder behauptet - die ABG dann pleite ginge. Das zeige allein schon das Beispiel München, wo von zwei städtischen Wohnungsbauunternehmen praktisch ausschließlich Sozialwohnungen gebaut werden, ohne dass die Gefahr bestehe, dass diese insolvent würden.